

# Brief des Präsidenten

## Geschätzte Frau Kollegin, geschätzter Herr Kollege!

von Christian Euler

**W**enn auch durch Wahlkampf, Wahl und Nachwahlzeit scheinbarer Reformstillstand herrscht, nützen diverse Interessensgruppen die Monate um „Fakten zu schaffen“.

Ich habe diese Formulierung aus dem Mund des ehemaligen burgenländischen Kammerpräsidenten im Ohr, als er einem Wahlarzt, der die Zuerkennung eines Kassenvertrages erzwingen wollte, diesen Rat gab.

Während wir über allgemeine Versorgungszentren und die Privatisierung des Gesundheitssystems diskutieren, berichten die Fachmedien breit über Praxisgemeinschaften, die von privaten Dienstleistern gemanagt werden. In einem gut getarnten ganzseitigen Inserat wird der Leser in der Hochglanzzeitung Ärzte-exklusiv über eine Innsbrucker Firma informiert, die bereits fünf Ärztezentren in vier Bundesländern mit 150 Vertragspartnern und 12.000 m<sup>2</sup> Gesamtordinationsfläche betreibt. Ein Salzburger Kollege würde das „Medicent“ durchaus als Alternative zu einer eigenen Niederlassung empfehlen. Unter dem Motto „der Arzt soll mehr Zeit für seine Patienten haben“ wird ihm vom Zentrumsbetreiber wirklich alles abgenommen. Von der Standortwahl über die Ausstattung bis hin zum Personal, den Einkauf der Betriebsmittel, die Kommunikationssysteme, alles stellt die Betreibergesellschaft zur Verfügung, auf deren Homepage der Patient, der Arzt und der Investor Informationen abrufen können.

Auch Medical Tribune berichtet in Form eines Interviews mit dem Leiter einer Ordinationgemeinschaft, in der fünfzehn Ärzte ihre Dienste auf Wahlarztbasis anbieten. Um ein Monat lang mit vier Ordinationsstunden pro Woche dabei zu sein, haben die Kollegen 500,- bis 600,- Euro zu entrichten. (Ich hätte also mit meinen ausgeschriebenen Ordinationszeiten 2.500,- Euro zu entrichten- Wochenenddienste nicht eingerechnet). Das ist all-inclusiv, Infrastruktur, Verbrauchsmaterial, Personal. Das noble Ambiente entspricht dem Klientel des 19. Wiener Gemeindebezirkes. Eine Kinderordination, Samstag von 9 bis 14

Uhr ohne Terminvergabe zum Preis von rund 50,- Euro setzt genau jenen Angebotsakzent, den sich Gesundheitsreformer wünschen. Der interviewte Kollege erwähnt das wirtschaftliche Konzept nur in einem Satz: „Ein Zentrum unserer Größenordnung ist ohne wirtschaftlichen Partner nicht zu empfehlen.“

Noch läuft das alles außerhalb der gesamtvertraglichen Regelungen, aber es schafft Fakten. Wen interessiert es da, dass von einer 80 Prozent Refundierung der in solchen Zentren verlangten Honorare keine Rede sein kann. („Die Preisgestaltung obliegt jedem selbst, liegt aber zwischen 100,- und 150,- Euro,...wobei keiner von uns mit der Zeit knauserig ist.“). Wen interessiert es, dass hier von Investoren der Zweiklassenmedizin der Weg gebahnt wird. Ein chronisch Kranker kann sich die hausärztliche Betreuung auch bei einem seinen Honorarforderungen die Kassentarife zu Grunde legenden Wahlarzt nicht leisten! Nur der einmal jährliche Ausritt zum „Privatfacharzt“ hat in Österreich eine gewisse Tradition.

Im Burgenland wurde das Landespflegeheim Neudörfel zu 49 Prozent von der VAMED übernommen, einem Unternehmen, das damit wirbt, „die gesamte Wertschöpfungskette im Gesundheitsbereich zu bieten“. Auf der Homepage weist VAMED den Umsatz 2007 mit 415,5 Euromillionen aus, den Betriebserfolg mit 21,2 Millionen Euro. Die burgenländische Landesregierung hofft offensichtlich diesen Defizitposten des Sozialbudgets neutralisieren zu können.

Die Bundesregierung hofft nicht minder den Defizitposten Gesundheitsbudget durch die Auslagerung an gewinnorientierte Unternehmungen zu sanieren. Sie liegt damit im gesamteuropäischen Trend.

Österreichische Politiker haben im aktuellen Wahlkampf über die Notwendigkeit die Bürger beim Einkauf von Grundnahrungsmitteln zu entlasten heftig diskutiert. Dieselben Politiker planen die medizinische Grundversorgung in diesem Land privatwirtschaftlich zu organisieren. Dadurch sollen nicht nur die Defizite schwinden, sondern auch ein erstarkender Wirtschaftszweig satte Gewinne schreiben. Die Ärzteschaft mit der §-15-Vereinbarung 2004 von der Reform-Planung auszuschließen war wichtig,



so kann sie sich jetzt nur erschwert Gehör verschaffen, wenn sie auf die Verlierer solcher Reformkonzepte verweist: die Patienten, deren gesundheitliche Absicherung in den Händen der Sozialversicherungen bisher gut aufgehoben war.

Politisch Verantwortliche und auch Berufskollegen, die an ein Diktat der Ökonomie ihre Hoffnung auf beruflichen Erfolg und Erfüllung knüpfen, beschreiten und bahnen Wege, über die wir, die Eigenverantwortung gerne wahrnehmen und ärztliche Intuition für einen unverzichtbaren Bestandteil eines vertrauensvollen Arzt-Patienten-Verhältnisses halten, uns nicht treiben lassen wollen. Der Kollege, der in einem oben zitierten Bericht über „sein Ärztezentrum“ sagt: „die Kombination mit Kaffeehaus und Fitnesscenter bietet eine perfekte Infrastruktur“, denkt offensichtlich in den gleichen Bahnen wie der niederösterreichische Finanz (!!) -Landesrat, dem im „Gesundheitszentrum Krankenhaus“ ein einladender Eingangsbereich vorschwebt, wo sich Friseur an Bandagist, Bistro an Apotheke reiht, kurz wo für Wellness jeder, für Krankheit kein Platz ist. Die Solidarität mit den gesunden Beitragsleistern liegt den ökonomieverliebten Politikern näher, als das Mitgefühl mit den (Leistungs-) Bedürftigen. Wer sich in seinen Konzepten auf die Not des Kranken nicht einlässt, wird auch jene gering schätzen, die in der Linderung dieser Not ihre lohnendste Aufgabe sehen.

An der Seite unserer Patientinnen und Patienten stehen wir Hausärzte einer unglaublichen Allianz gegenüber, in der Wirtschaftskammer, Gewerkschaftsbund, Patientenrechtsanwaltschaft, Sozialpolitiker und zahlreiche Medien dem Märchen von der möglichen win-win-Situation durch den Einzug ökonomisch orientierter Denkweise in die Krankenbehandlung glauben schenken.

Dr. Christian Euler, Fax: 02685/607774, E-Mail: [ch.euler@aon.at](mailto:ch.euler@aon.at)

# Protest in Berlin

von Christian Euler

**A**m 19. September rief die freie Ärzteschaft Deutschlands PatientInnen und ÄrztInnen zu einer Protestkundgebung vor das rote Rathaus in Berlin. Das Gesundheitssystem ist bei unserem Nachbarn durch eine ökonomiegelenkte Politik in vergleichbarer Weise einer bedrohlichen Reform ausgesetzt wie das auch in Österreich, besser EU-weit, aktuell ist. Privatisierung, Rationierung, umgestalten in einen lukrativen Markt für Investoren, alles Ziele, die weder PatientInnen noch ÄrztInnen gleichgültig sein dürfen.



Im Gegensatz zu Österreich, wo der höchste ärztliche Standesvertreter in ärgerlich fehlerhafter Selbsteinschätzung der Meinung war, er könnte als Privatperson just den Spitzenkandidaten jener Partei wahlwerbend unterstützen, in deren Reihen die exponiertesten Ärzterverächter ihre politische Heimat haben, ruft der Präsident der freien Ärzteschaft Dr. Martin Grauduszus die Gesundheitsreform



**Nocutil® 0,2 mg - Tabletten. Zusammensetzung:** 1 Tablette enthält 0,2 mg Desmopressin Acetat entsprechend 0,178 mg Desmopressin. **Sonstige Bestandteile:** Lactose-Monohydrat, Kartoffelstärke, Povidon, Magnesium-stearat, hochdisperses Siliciumdioxid. **Anwendungsgebiete:** Zur Behandlung der Enuresis nocturna (ab einem Alter von 6 Jahren) nach Ausschluss organischer Ursachen: im Rahmen eines therapeutischen Gesamtkonzeptes (wie z.B. bei Versagen anderer nicht-medikamentöser Therapiemaßnahmen); verursacht durch nächtlichen ADH-Mangel. Zur Behandlung des Vasopressin-sensitiven zentralen Diabetes insipidus. Zur Behandlung der Nykturie verbunden mit nächtlicher Polyurie bei Erwachsenen (bei einer Urinproduktion in der Nacht, welche die Blasenkapazität überschreitet). **Gegenanzeigen:** Desmopressin-Tabletten sind nicht zur Anwendung an Säuglingen und Kleinkindern bestimmt. Desmopressin darf nicht angewendet werden bei: Überempfindlichkeit gegen den Wirkstoff oder einen der sonstigen Bestandteile. Primärer und psychogener Polydipsie oder Polydipsie bei Alkoholikern. Herzinsuffizienz und anderen Erkrankungen, die eine Behandlung mit Diuretika erfordern. Hyponatriämie. Mäßig starken bis schweren Nierenfunktionsstörungen (Kreatinin-Clearance unter 50 ml/min). Syndrom der inadäquaten ADH-Sekretion (SIADH). **Pharmakotherapeutische Gruppe:** Antidiuretika. ATC Code: H01BA02 – Vasopressin und Analoga. **Abgabe:** Rezept- und apothekenpflichtig. **Packungsgrößen:** 15, 60 Tabletten. **Kassenstatus:** Kassenfrei, Yellow Box, RE2. **Zulassungsinhaber:** Gebro Pharma GmbH, 6391 Fieberbrunn. Stand: Jänner 2008. Weitere Angaben zu Nebenwirkungen, Wechselwirkungen mit anderen Mitteln, Schwangerschaft und Stillperiode sowie Warnhinweisen und Vorsichtsmaßnahmen für die Anwendung siehe Austria-Codex-Fachinformation.



zum Wahlkampfthema der Bundestagswahl 2009 aus. Er versucht so in Koalition mit besorgten PatientInnen ein Vorwahlschweigen der Bewerber um politische Verantwortung, wie es in Österreich akzeptiert wurde, zu verhindern.

An die tausend Menschen fanden sich vor dem Roten Rathaus Berlins ein, wo Kollegen Gauduszus, Lüders, der Vorsitzende der deutschen Gesellschaft für Versicherte und Patienten, Candidus, wie auch Fachartztkollege Lohaus deutliche Worte an die Adresse der Patientenschaft richteten.

Der auf bis zu fünftausend Menschen anschwellende Protestmarsch zum Brandenburger Tor wurde von drei Wagen begleitet, einer führte symbolisch eine Fuhre Stallmist, einer stellte ein medizinisches Behandlungszentrum drastisch dar, ein dritter wies mit einer Grabesszene auf die Bedrohlichkeit der gesellschaftspolitischen Intentionen hin. Hunderte Transparente und ohrenbetäubende Trillerpfeife machten diesen - den Verkehr zum Erliegen bringenden - Marsch unüberseh- und unüberhörbar.

Vor dem Brandenburger Tor meldeten Repräsentanten von Patientenorganisationen ihren Willen zum Widerstand an.

Es ist eine bedrückende Parallele beider Länder, dass die höchsten und legitimiertesten ärztlichen Standesvertreter die hier demonstrierte kritische Sicht und Entschlossenheit zur politischen Auseinandersetzung vermissen lassen. Umso unverzichtbarer ist in diesem Licht die stärkende Solidarität über die Grenzen hinweg, die ich Namens des Österreichischen Hausärzterverbandes einbringen durfte. „Ärzte und Patienten aller Länder vereinigt Euch!“

# Brief des Wiener Präsidenten

## Liebe Kolleginnen und Kollegen!



Dr. Wolfgang Werner

**D**ie Wahl 2008 ist geschlagen und die Schuldzuweisungen, wer am massiven Verlust der „Großparteien“ schuld trägt, sind in vollem Gange. Stark in die Öffentlichkeit wird getragen, dass die Bevölkerung durch die Streiterei in der Regierung irritiert wurde. Nun, ich sehe das ein wenig anders:

Die Österreicher stört weniger der Stil der Regierung, vielmehr haben sie genug davon, dass über sie einfach „drüber gefahren“ wird, dass die Meinung des Volkes nicht gefragt ist. Das ist bei den EU Verträgen zu Lissabon so und das ist bei der Gesundheitsreform ebenfalls so. Es ist keine Anti-EU Stimmung da, man will nur nicht, dass die Bürokratie in Brüssel wesentliche Dinge entscheidet, ohne die Bürger vorher zu fragen.

Laut Lissabon möchte sich die EU-Zentrale einen Persilschein geben lassen, damit sie eigenmächtig und sogar ohne die Regierungen fragen zu müssen, tun und lassen kann, was beliebt. Ich bin ein EU Befürworter und habe auch für die EU gestimmt, aber die EU Regierung muss uns bei ihren Entscheidungen einbinden. Das zu transportieren hat die bisherige Regierung

verabsäumt, sie hat alles getan, damit das Volk nur ja nicht einbezogen wird.

Genauso ist es im Gesundheitsbereich: ohne die Leute zu fragen, soll eine so wesentliche Einrichtung, wie das Gesundheitssystem, ganz massiv verändert und geradezu in seinen Grundwerten verkehrt werden - kein Stein sollte auf dem anderen bleiben. Auch hier hat man die wesentlichen Sachverständigen, die Ärzte, nicht eingebunden, die Bevölkerung nicht gefragt und hat einen Entwurf produziert, der ausschließlich den medizinfremden Interessen der Sozialpartner dient.

Diese generelle Haltung, das Volk von der Willensbildung auszuschließen, die Bürger mit diskussionsbedürftigen Statistiken zu beglücken, deren Übereinstimmungsdefizit mit der Wirklichkeit einem jeden erkennbar ist, der die Augen nur einigermaßen offen hält, stellen ein demokratiepolitisches Problem dar. Die Leute haben erkannt, dass nicht die Regierung aufgrund reiflicher Überlegung und nach Konsultation von ärztlichen Sachverständigen entscheidet, sondern eine Art Nebenregierung, die von den Wählern gar nicht dazu autorisiert ist. Das sind die Gründe des bekannten Wahlausganges. Es ist mir unverständlich, dass

man durch Propagierung der Neuauflage der bisherigen Regierung, genauso weitermachen möchte, wie bisher. Man hat nichts dazu gelernt, der eindeutig erkennbare Wählerwille wird wieder ignoriert, er ist den Herrschenden völlig egal.

Keine guten Aussichten! Jedenfalls geht es nicht um Stilfragen, wie uns die Wahlverlierer schon wieder einreden wollen, um von ihren mangelhaften Leistungen abzulenken und um dem Volk die Erkenntnis-Fähigkeit abzusprenken!

LG Dr. Werner

**MR. Dr. Wolfgang Werner**  
 Bezirksärztsvertreter 10. Bezirk  
 Präsident des ÖHV-Wien  
 Weitmosergasse 3, 1100 Wien  
 Tel: (01) 617 22 68, Fax (01) 617 22 684  
 E-mail: [dr.w.werner@aon.at](mailto:dr.w.werner@aon.at)  
[www.drwwerner.at](http://www.drwwerner.at)

### Beitrittserklärung:

Ja, ich trete dem ÖHV bei:

- als ordentliches Mitglied (Arzt/Ärztin f. Allgemeinmedizin, in Ausbildung, in Pension) Jahresbeitrag: € 90,-  
Mitglieder der ÖGAM: € 80,- PensionistInnen: € 30,-
- als außerordentliches Mitglied (FachärztInnen)  
Jahresbeitrag: € 90,-
- als förderndes Mitglied (z.B.: Firmen oder Körperschaften)  
Anstelle eines Mitgliedsbeitrages tritt eine jährliche Spende
- Ich möchte aktiv an der Vereinsgestaltung mitwirken

Bitte einsenden an den ÖHV, Dr. Paul Reitmayr,  
 2130 Mistelbach, Mitschastraße 18, Fax 02572/32381-13,  
 E-mail: [dr.p.reitmayr@inode.at](mailto:dr.p.reitmayr@inode.at), Internet: [www.hausaerzteverband.at](http://www.hausaerzteverband.at)

Name .....

Adresse .....

Telefon .....

e-Mail .....

Unterschrift .....

Stampiglie



**GRAZAX® 75.000 SQ-T - Lyophilisat zum Einnehmen. Zusammensetzung:** Standardisierter Allergenextrakt aus Gräserpollen vom Wiesenlieschgras (*Phleum pratense*) 75.000 SQ-T\* pro Lyophilisat zum Einnehmen. \* [Standardisierte Qualitätseinheiten-Tablette (SQ-T)]. **Hilfsstoffe:** Gelatine (aus Fisch gewonnen), Mannitol, Natriumhydroxid. **Anwendungsgebiete:** Therapie der Gräserpollen-induzierten Rhinitis und Konjunktivitis Erwachsener mit klinisch relevanten Symptomen und einer durch einen positiven Pricktest und/oder einen für Gräserpollen spezifischen IgE-Test gesicherten Diagnose. **Gegenanzeigen:** Überempfindlichkeit gegen einen der sonstigen Bestandteile (die vollständige Auflistung der sonstigen Bestandteile siehe Abschnitt 6.1). Maligne oder systemische Erkrankungen, die das Immunsystem beeinträchtigen, wie z.B. Autoimmunerkrankung, Immunkomplexerkrankung oder Immundefekte. Entzündliche Zustände in der Mundhöhle mit schweren Symptomen, wie z.B. oraler Lichen planus mit Ulzerationen oder schwere orale Mykose. Patienten mit unkontrolliertem oder schwerem Asthma (bei Erwachsenen: FEV<sub>1</sub> < 70 % des Vorhersagewerts nach adäquater pharmakologischer Therapie) sollten nicht mit der Grazax®-Immuntherapie behandelt werden. **Pharmakotherapeutische Gruppe:** Allergenextrakte, Gräserpollen. **Zulassungsinhaber:** ALK-Abellö A/S, Bøge Alle 6-8, DK- 2970 Hørsholm, Dänemark. **Abgabe:** Rezept- und apothekenpflichtig. **Informationen zu Warnhinweisen und Vorsichtsmaßnahmen für die Anwendung, Wechselwirkungen mit anderen Mitteln und Nebenwirkungen sind der Austria-Codex-Fachinformation zu entnehmen.**

# Wie lebens- und familienfreundlich sind die ärztlichen Arbeitsbedingungen?

## Alarmierende Ergebnisse einer Online-Umfrage der ÄKNÖ

von Christoph Reisner

**U**m die Wünsche und Bedürfnisse unserer Kammermitglieder in Zukunft genauer bewerten zu können, wurde im Frühsommer das Instrument der Online-Umfrage in der NÖ Ärztekammer eingeführt. Die erste groß angelegte Befragung befasste sich mit den Arbeits- und Lebensbedingungen der Ärztinnen und Ärzte in Niederösterreich. Immerhin 8,4 Prozent der Ärzteschaft haben die Möglichkeit genutzt, die Kammerpolitik über dieses Instrument und die Abgabe ihrer Meinung mit zu beeinflussen. Für unsere Arbeit ist es entscheidend zu wissen, was die Basis wirklich denkt und fühlt. In diesem Zusammenhang bedanke ich mich nochmals bei allen Teilnehmenden Ärztinnen und Ärzten und bitte auch weiterhin um rege Beteiligung bei den kommenden Umfragen.

Das Ergebnis der Umfrage ist leider höchst unerfreulich. Die Arbeits- und Lebenssituation der angestellten Ärztinnen und Ärzte ist bereits höchst problematisch geworden. Immerhin wird die Maximalobergrenze der Wochenarbeitszeit von 72 Stunden bei 63 Prozent der ÄrztInnen überschritten. Vier von fünf SpitalsärztInnen haben keine oder zu wenig Zeit für Persönliches außer Familie und 19 von 20 haben Konfliktbelastungen durch den Beruf innerhalb der Familie auszutragen. Dies macht verständlich, dass bereits die Hälfte der SpitalsärztInnen ins Ausland oder in nichtärztliche Berufe zu wechseln beabsichtigt.

Doch auch im niedergelassenen Bereich sieht es nicht besser aus. Enorme Bürokratiebelastung und eine schlechte Honorierung der ärztlichen Leistung sind für den Großteil der ÄrztInnen die größte Beeinträchtigung des Berufes Kassenarzt. Der zeitliche Einsatz, der den angestellten Kollegen in nichts nachsteht, sorgt zwar dafür, dass sich die finanziellen Probleme im Vergleich zu den anderen ÄrztInnengruppen in Grenzen halten. Es sind jedoch nur 13 Prozent aller KassenärztInnen mit ihrer beruflichen Situation sehr zufrieden, mit der Lebenssituation sogar nur sechs Prozent. Ebenfalls 19 von 20 KassenärztInnen klagen über Konfliktbelastung innerhalb der Familie durch ihren Beruf. Die individuelle Lebenssituation wird von den WahlärztInnen generell deutlich positiver als von den anderen Gruppen beurteilt.

Alarmierend ist die Selbsteinschätzung von 50 Prozent aller teilnehmenden

KassenärztInnen, bereits an beginnendem oder bestehendem Burn-out oder anderen Erkrankungen zu leiden. Die WahlärztInnen wurden auch nach ihrer Bereitschaft gefragt, Kassenplanstellen zu übernehmen. Vier von fünf Wahlärzten würden ihre Wahlarztordination jedoch selbst dann weiterführen, wenn sich die Möglichkeit ergeben würde, eine volle Kassenplanstelle zu übernehmen. Das zeigt ganz deutlich, dass die Kassenärztliche Tätigkeit von den Wahlärzten genauso eingeschätzt wird, wie sie sich aus Sicht der Betroffenen darstellt. Grundsätzlich unterbezahlt, jedoch trotzdem mit halbwegs vernünftigem Einkommen resultierend aus einer Arbeitsbelastung, die krank macht und mit Familie und Freizeit und damit Leben nicht mehr gut vereinbar ist.

Das Resümee der Umfrage ist deutlich: Im öffentlichen Gesundheitswesen in Niederösterreich herrschen Arbeitsbedingungen, die in keiner anderen Branche akzeptiert würden. Die Einkommenssituation wird als schlecht oder ungerecht empfunden, wobei eine durchschnittliche Arbeitsbelastung vom anderthalbfachen eines durchschnittlichen vollbeschäftigten Arbeitnehmers in Österreich vorherrscht.

Das führt zu großer Unzufriedenheit mit den Arbeits- und Lebensbedingungen, zu familiären und/oder gesundheitlichen Problemen in allen betroffenen ÄrztInnengruppen. Wenn nicht rasch gegengesteuert wird, sehen wir mittelfristig einen eklatanten Ärztemangel entstehen, da sich immer weniger Menschen dieser offenbar schon sehr unattraktiv gewordenen Tätigkeit widmen



Foto: Tschank - Wiener Neustadt

wollen. Die verantwortlichen PolitikerInnen sollten sich daher dringend dieser Thematik widmen.

Ganz nebenbei wurden im Rahmen der Umfrage auch Dinge hinterfragt, die nichts mit der Arbeits- und Lebenssituation der Ärzte zu tun haben. Laut einer österreichweiten Patientenbefragung vom Frühjahr 2008 wünscht sich unsere Bevölkerung sogar in der Großstadt Wien zu einem hohen Anteil die Möglichkeit, Medikamente direkt in der Ordination zu erhalten. Unsere ÄrztInnen wären bereit, diesem Wunsch zu entsprechen. Mehr als 90 Prozent der niedergelassenen ÄrztInnen in Niederösterreich sind für ein Recht auf Medikamentenabgabe in der Ordination. Nachdem von einem allgemeinen Dispensierrecht zusätzliche Vorteile in Bezug auf Kosten und Compliance zu erwarten sind, besteht auch hier dringender Handlungsbedarf seitens der Politik.

Die Zusammenfassung der Studie zum download unter [www.arztnoe.at](http://www.arztnoe.at)

Dr. Christoph Reisner  
Präsident der der NÖ Ärztekammer  
[www.wahlarzt.at](http://www.wahlarzt.at)

# Erste Erfolge bei der Erhaltung von Hausapotheken

**D**er Verfassungsgerichtshof bestätigt den Schutz von Hausapotheken in Einarzt-Gemeinden gegenüber öffentlichen Apotheken – trotzdem könnten schon demnächst 60 Hausapotheken schließen müssen.

„Auch wenn es jetzt einen kleinen Erfolg gibt, ist das Apothekengesetz noch immer ein Schlag ins Gesicht der Bevölkerung! Dieses Gesetz kann nur von Politikern beschlossen werden, die die Wünsche der Bevölkerung nicht kennen. 89 Prozent der Bevölkerung wünschen sich nämlich ein Nebeneinander von Hausapotheke und öffentlicher Apotheke.“



Wie die Bevölkerung wirklich denkt, konnte man am Samstag, dem 11. Oktober bei der Informationsveranstaltung „Patienten in Not“ im Stift Göttweig bei Krems sehen“, meinte der Präsident der NÖ Ärztekammer, **Dr. Christoph Reisner**, kritisch in Richtung Politik und Apothekenkammer, die ein weiteres Zurückdrängen der Hausapotheken fordert.

„Die monatelangen Bemühungen der niederösterreichischen Hausärzte zeigen erste Erfolge. In einem Urteil hat der Verfassungsgerichtshof bestätigt, dass Hausapotheken in Gemeinden mit nur einem Arzt Vorrang haben vor öffentlichen Apotheken, ausgenommen, es gibt bereits eine öffentliche Apotheke“, zeigte sich der Hausapothekenreferent der niederösterreichischen Ärztekammer, **Dr. Gerhard Imb**, erfreut. „Allerdings bleibt der Wermutstropfen, dass die unsinnige Kilometerregelung bestehen



Foto: www.ausflug.at

bleibt.“ Dies bedeutet, dass eine öffentliche Apotheke zwar einen Mindestabstand zur nächsten öffentlichen Apotheke einhalten muss, wenn sie aber die Distanz von vier Kilometern zur Hausapotheke in einer Nachbargemeinde unterschreitet, der Hausarzt mit Hausapotheke diese zusperren muss, (es sei denn er sitzt in einer Ein-Arzt-Gemeinde).

Unterschreitet die neu errichtete öffentliche Apotheke sechs Kilometern zur nächsten Hausapotheke, darf die Hausapotheke einem nachfolgenden Arzt nicht übergeben werden.

„Daher müssen wir weiterkämpfen“, ergänzte der niederösterreichische Medikamentenreferent, **Dr. Wolfgang Geppert**. „Bei der Informationsveranstaltung der NÖ Ärztekammer unter dem Titel „Patienten in Not“ im Stift Göttweig haben wir die bestehenden Schwierigkeiten und Schwachstellen der derzeitigen Regelung aufgezeigt, die alle zum Nachteil der Patienten sind“, so Dr. Geppert weiter.

Die Kilometerregelung wird von einzelnen Apothekern insofern genützt, dass Container genau zwischen zwei Ortschaften neben Feldern aufgestellt werden, um in die absolute Sperrzone von 4.000 Metern zu kommen. So auch in Paudorf nahe Krems.

Dort wird das Apothekengesetz ab 30. Oktober 2009 dafür sorgen, dass der einzige Allgemeinmediziner im Ort seine Hausapotheke schließen muss. Die kuriose Situation:

Für eine öffentliche Apotheke kam nur ein entlegener Platz am äußersten Ortsrand der Nachbargemeinde Furth in Frage, der sich zwar weit abseits der problemlosen Zugangsmöglichkeit für die Patientinnen und Patienten auf einem Bergsattel befindet, aber grotesker Weise genau dadurch die Bewilligungskriterien erfüllt.

„Da sich dort kein geeignetes Gebäude finden ließ, wurde bereits eine Containerapotheke aufgestellt. Selbst die Unterstützung der Patientinnen und Patienten nutzte nichts: Mehr als 1.200 betroffene Personen haben für den Erhalt der Hausapotheke unterschrieben. Umsonst, jetzt braucht man



das Auto, um seine Medikamente aus der Apotheke zu beziehen. Ältere, wirklich kranke Menschen oder einfach Menschen ohne Auto stehen jetzt vor einem riesigen Problem! Dies ist nur eines von zahlreichen Beispielen, wo eine hervorragende jahrzehntelang existierende Versorgung trotz Intervention der betroffenen Gemeinde zerstört wird“, meinte Dr. Geppert enttäuscht.

Und Dr. Imb ergänzte: „Die Bevölkerung wird daher weiterhin massiv gegen dieses Vorgehen protestieren und für eine Änderung des Apothekengesetzes eintreten.“

